

Millionen-Subvention an Autofabrikanten durch SPD und Nazis bewilligt!

Landtagsanträge für Einzelreform der Sozialversicherung als Deckmantel für Bündnis der SPD mit Sozialreaktion. Millionen Versicherungsbeiträge unterschlagen

Dresden, 10. Februar

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages kam es zu zwei bezeichnenden Abstimmungen. Die Sozialdemokratie hatte, um von ihrer Mitverantwortung für die ungeheuerlichen Verschlechterungen der sozialen Lage der Massen durch Fokalisierung der kapitalistischen Kapitalakkumulation abzulenken, Reformanträge zur Sozialversicherung gestellt. Sie forderten u. a. die Hinterziehung von Versicherungsbeiträgen durch Unternehmer nicht den Versicherten belasten zu dürfen. Gerade diese Forderung ist von der SPD bereits in den Jahren 1927 und 1929 erhoben worden. Für die Kommunisten erklärte

Genosse Siegel

die Zustimmung der Fraktion zu den Anträgen, die von der SPD als „überflüssig“ bezeichnet worden sind, und erklärte dabei den wahren Grund, der die SPD veranlaßt, sich jetzt für einige Teilreformen einzusetzen, während sie die gesamten Verschlechterungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung zugunsten der Kapitalisten und ihres Staatsapparates ermöglicht. Gleichzeitig forderte Genosse Siegel die genaue Feststellung der Millionen Unterschlagungen an Versicherungsbeiträgen durch die Unternehmer. Die skrupellose Demagogie des Sächsischen Landtages kam darin zum Ausdruck, daß die Anträge selbst teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit angenommen wurden.

Diese „soziale“ Seite wurde jedoch sofort entlarvt, als es zur entscheidenden Beratung und Abstimmung über die Regierungsanträge zur 6. Millionen-Garantie für die Sächsischen Autofabrikanten kam. Nur die Kommunistische Partei, deren Redner, Genosse Mehlhorn, die kapitalistische Subventionspolitik auf Kosten der wertvollen Steuerzahler anprangerte, stimmte geschlossen gegen die Vorlage. Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bewilligten offen gemeinsam mit den schamlosenden Kapitalvertretern die Auslieferung von Millionen Steuerzahlern an kapitalistische Bankrottneure.

Beide Abstimmungen kennzeichnen diesen Landtag, der mit einigen sozialer Seiten die Kapitalistenpolitik der Schiedsregierung deckt, die von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in allen entscheidenden Fragen gestützt wird.

Die Kommunisten rufen die wertvollen Massen gegen dieses Kapitalistenparlament zum roten Volksentscheid!

Der Verlauf der Landtagsitzung

Nach vor Beginn der Sitzung gibt es einen Zwischenfall. Als die neugeborenen Jugendberger, die Landtagsfraktion, und die wortbrüchigen Wirtschaftsparteiler Weber und Kaiser, die jetzt neu zu den Deutschnationalen gestoßen sind, versammelt nach neuen Plänen suchen, werden sie von der kommunistischen Fraktion mit treffenden Zurufen bedacht.

Auf die Mitteilung des Präsidiums von dem offiziellen Übertritt Webers und Kaisers und der Auflösung der Landtagsfraktion durch Übertritt zu den Jugendbergern erhalten die Anführer: „Habt Ihr schon eure Posten bekommen?“

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet VDBE-Arbeitsrat eine Anzahl Vorschläge zur Reform der Sozialversicherung. Diese Anträge fordern, daß aus der Hinterziehung von Beiträgen durch den Unternehmer, den Versicherten keine Nachteile erwachsen dürfen, daß die Beiträge künftig nicht mehr durch Beitragsmarken, sondern durch die Krankenkassen eingezogen werden, daß Beitragsanfragen und Grundbücher in der Kranken- und Invalidenversicherung an jeder Arbeitslosenversicherung angehängt werden, und daß für Wohlfahrtsverbände die Zeiten unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ohne Beitragszahlung angerechnet werden. Außerdem wird verlangt, daß die Regierung den Gemeinde- und Bezirksverbänden die Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und Anwartschaftsversicherung empfiehlt. Schließlich soll die Regierung auch den Staatsanwälten ein verärgertes Vorgehen gegen die Hinterziehung von Versicherungsbeiträgen zur Pflicht machen.

Der Innenminister erklärt hierzu, daß ohnehin durch die Reichsregierung „Reichsreform“ geplant sei und deshalb einzelne Verbesserungen erwünscht seien.

Der deutschnationale Senator Tögel erging sich in schleichenden Reden über die Sozialversicherung. „Wo er schließlich diese als „das große Erbe aus großer kaiserlicher Zeit“ grüßte, brach die Tribüne in stürmisches Gelächter aus und scharte kommunistische Juristen antworteten dem Reaktor.

Genosse Siegel

entlarvte die wahren Hintergründe dieses neuen Manövers der SPD, die mit diesen Anträgen ihre praktische Unterstützung der gesamten Sozialreaktion verschleiern will. Er wies darauf hin, daß

der entscheidende Teil des sozialdemokratischen Antrages bereits 1927 und 1929 von der kommunistischen Fraktion als Forderung erhoben

worden war, und daß damals derselbe Abgeordnete Arndt es verteidigt hat, diese Anträge als „überflüssig“ zu erklären. Heute muß Arndt zugeben, daß

fast 10 Millionen Mark an hinterzogenen Versicherungsbeiträgen von Unternehmern unterschlagen

worden sind. Genosse Siegel gelobte die Unterstützung der Roten Vorstandsmitglieder durch die Sozialdemokratie, die ja die Basis für alle die ungeheuerlichen Verschlechterungen darstellt. Die skrupellos führende Sozialdemokratie mit Mitteln der Sozialfürsorge umgehen, das beweist ein

Schweinefleisch der Mitglieder des Bezirksverbandes Zittau im Gasthaus Schleier Wähe, an dem sich der sozialdemokratische Amtshauptmann Kahmann und andere Sozialdemokraten gemeinsam mit den Bürgerlichen beteiligten. Erst als die Erwerblosen anrückten und ein Plakat an die Tür des Gasthauses hingen, in dem sie auf die brutalen Anweisungen der Amtshauptmannschaft über Pflichtarbeit und Abzug der Miete von der Wohlfahrtsunterstützung hinwiesen, flüchteten die Herrschaften in Autos. Die Schweine waren Eigentum des Bezirksverbandes, dessen Vorsitzender der Innenminister Richter ist. Dieser Vorfall ist charakteristisch für die kapitalistische Fürsorge und die Doppelmoral der SPD-Verlogenheit. Ein besonderes Kapitel sind die ungeheuerlichen Unterschlagungen von Versicherungsbeiträgen durch die Unternehmer, die noch durch die Stundungspolitik der Regierung getarnt worden sind. Um diese aufzudecken, beantragten wir als Zusatzantrag, daß dem Landtag eine Heberliste gegeben wird über die Höhe der Summe, die von den Unternehmern nicht abgeführten Versicherungsbeiträge im Zeitraum der letzten zwei Jahre.

Der Kommunisten wollen dabei die gesamte Ausbeuterpolitik anprangern und deren Helfershelfer entlarven, die schon auf dem Frankfurter VDBE-Kongress ihr Bündnis mit dem sozialreaktionären Steigerwald bekräftigten, deren Vertreter sich aber hier als „Verteidiger der sozialen Rechte der Arbeiter“ auszugeben versuchen. Wir werden nicht dulden, daß der Arbeiterklasse die Illusion eingepaukt wird, durch Teilreformen und durch Parlamentarismus könne man grundlegende Verbesserungen schaffen. Der Kampf gegen Sozialreaktion wird und kann nur erfolgreich geführt werden im Zusammenhang mit dem gesamten Klassenkampf gegen das kapitalistische Ausbeuterregime und für den Sieg der Arbeiterklasse, durch den Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat!

In der Abstimmung werden sämtliche Anträge angenommen.

Bei der Festlegung der nächsten Sitzung, die am Donnerstag, dem 18. Februar 1932, stattfinden wird, mitgeteilt, daß der kommunistische Auflösungsantrag und die Beschlüsse zum Volksbegehren auf der Tagesordnung stehen.

Unternehmerhege gegen Regierarbeiten

Zu einer heißen Debatte kommt es bei der Beratung eines wirtschaftsparteilichen Antrages, der den Abbau der Regierarbeiten in den Gemeinden und Einstellung der Ausschüsse für solche Gemeinden fordert, die trotzdem Regierarbeiten durchführen. Genosse Hermann erklärt die wahren Hintergründe dieses neuen Vorstoßes der Kapitalisten, denn die Regie-

arbeiten nehmen nicht dem wertvollen Mittelstand das Brot, sondern die großkapitalistische Wirtschaftspolitik überhaupt. Die Regierarbeiten sind im Grunde genommen auch nichts anderes als kapitalistische „Mittelbetriebe“. Bei diesem Vorstoß handelt es sich aber um weiter nichts als um den Kampf der Unternehmer zur Bereicherung auf Kosten der Gemeinden. Die National-

Das rote Volksbegehren gültig!

Verschleppungsmanöver der Schiedsregierung zusammengebrochen

Staatspartei und Wirtschaftspartei hatten im Rechtsausschuß des Landtages bekanntlich — nach dem Prinzip „Zeit gewonnen, viel gewonnen“ — die Rechtsgültigkeit des Volksbegehrens bezweifelt und ein Gutachten darüber verlangt, ob die Jungwähler zu dem Volksbegehren zugelassen seien.

Dieses Manöver zeigt die Furcht vor der Auflösung und der Abrechnung der Wählermassen, aber auch die Blödsinnigkeit und Verachtung, die die Hüter der Kapitalmacht für die heranwachsende Jugend haben.

Die Sozialdemokraten hatten sich ebenfalls der Gutachtenforderung angeschlossen.

Das geforderte Gutachten ist heute bei dem Landtag eingegangen. Es stellt fest: Die Verfassung des „Reichsstaates

sozialistischen Sekundären erfolgt dem wirtschaftsparteilichen Vorschlag entgegen und schließlich wird gegen die Stimmen der SPD und SPD der erste Teil des Antrages mit Mehrheit angenommen.

Die Millionen-Subvention an die Autofabrikanten

kommt nunmehr zur Beratung. Der Berichterstatter und Sozialdemokrat Diekmann benützt die gelagerte Argumentation der SPD, um eine Begrenzung für diese offene Subventionierung von Privatkapitalisten auf Kosten der Steuerzahler zu postulieren.

Genosse Mehlhorn

entlarvt die Skrupellosigkeit, die hinter dem angeblichen „Kampf um den Arbeitsplatz“ verborgen ist. Unter dem Vorwand, die 1500 Arbeiter Arbeit zu erhalten, wird die große Masse der arbeitenden Steuerzahler um 6 Millionen betäubt, während die Kapitalisten der Automobilindustrie nach Belieben Schanden wälzen können, bis schließlich auch die 1500 Arbeiter auf Strafe sitzen und die 6 Millionen zum Teufel gegessen sind. Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche Gemeinden nicht einmal die Hungerbeträge der Wohlfahrtsverbände voll ausbezahlen und keinen Pfennig Zuschuß von der Regierung erhalten, ist eine solche Verschwendung der Steuerzahler eine offene Sozialreaktion. Wer den Bankrott des kapitalistischen Systems mit diesen Mitteln auf Kosten der breiten Masse aufhalten versucht, ist der Helfer der Arbeiterklasse, sondern ein Diener der Kapitalisten. Der einzige wirksame Kampf der Arbeiter um den Arbeitsplatz ist der revolutionäre Klassenkampf gegen Lohnskandal und Massenentlassungen und gegen das kapitalistische System. Das ist der Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit, der nur von der kommunistischen Partei und der RSD im Interesse der gesamten Arbeiterklasse geführt wird. (Beifall bei den Komm.)

Nachdem Genosse in schamloser Weise verläßt hatte, die Forderung der SPD zu verteidigen, kam es zur Abstimmung. Die Abstimmung entlarvte die ganze Kapitalistenfront des Sächsischen Landtages. Von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten stimmten die Vertreter der Kapitalistenklasse geschlossen für die Millionen-Subvention an die Autofabrikanten. Nur die kommunistische Partei lehnte geschlossen die Regierungsanträge ab.

Nach Ablehnung des Verkaufs der Eisenbahnlinie Jüterbog-Köpenick an die Reichspost kam es bei der Beratung einer Anträge über den Jungdarstellungsdienst bei der Regierung des Arbeitsbeschäftigung bei Bauern zu einer heißen Debatte. In der der Genosse Breitenborn den wahren Charakter des kapitalistischen Arbeitsbeschäftigungsdienstes als Vorbereitung zur Einpannung der arbeitenden Jugend zum Kriegsdienst zeigte. Mit dieser Debatte fand die Sitzung ihr Ende.

Sachsen bestimmt, daß auch die zugelassen sind, die erst nach der letzten Landtagswahl wahlberechtigt wurden, aber auch darüber Zweifel bestehen sollten und die Zahl der 61000 Wahlberechtigten vom Gesamtergebnis abgezogen würden, liegt die Stimmenzahl des Volksbegehrens noch unter dem notwendigen Soll. Heber den Aufforderung der SPD muß deshalb abgelehnt werden. Zu dem von SPD bis Wirtschaftspartei abgelehnt wird, muß auch die Volksentscheid durchgeführt werden. Der Antrag steht in der Sitzung am 18. Februar zur Entscheidung. In Verbindung mit dem Wahlkampf um den roten Arbeiterkandidaten soll es mobil zu machen, die Massen aufzurufen und die rote Arbeiterfront zu organisieren für den roten Volksentscheid.

Die ersten Antworten zum Aufruf der UBL Dresden:

Wettbewerb der Massenorganisationen

Massenwerbung für das „Illustrierte Volksecho“. Das gestellte Ziel von 2000 Lesern muß bis zum Freitag erreicht sein. Partei und Jugend darf sich nicht schlagen lassen!

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Dresden, nahm Stellung zur Werbung für das „Illustrierte Volksecho“. Es wurde beschlossen, bis zum Freitag, dem 12. Februar, mindestens 200 neue Leser für das Volksecho zu werben.

Gleichzeitig fordert der Internationale Bund sämtliche revolutionären Massenorganisationen Dresdens zum Wettbewerb an. Der IB wird bestimmt die 200 Abonnenten holen. — Wollen die RSD, Rote Hilfe, KJH, Kampfbund, rote Sportler und alle übrigen Organisationen dem IB den Sieg überlassen?

Die Rote Hilfe nimmt an

Die Leitung der Roten Hilfe von Dresden-Stadt nimmt den Wettbewerb an und verpflichtet sich ebenfalls, bis Freitag, den 12. Februar 200 Abonnenten zu werben.

Die Freidenker wollen noch mehr

Nachdem die Freidenker Dresdens den Aufruf der Internationalen Bundes zum revolutionären Wettbewerb erhalten, wollen sie schon in der Zielstellung zum Wettbewerb bringen, daß sie den IB schlagen werden. Die Freidenker legen sich zum Ziel:

Bis Freitag, den 12. Februar werden wir 200 Subskriptionsgewinner!

Ein Instruktorabteilungsleiter antwortet:

„Schreiben erhalten, alles was geschrieben worden ist, durchgelesen. Es wird von mir aus geteilt. Am 12. Februar haben wir Großverband für die Ortsgruppen angeordnet mit der Werbung hängen. Auch Ihr werdet teilnehmen. Ich bin sehr froh, so wahr ich Frey heiße.“

Groener öffnet den Nazis die Reichswehr

Reichswehrminister der „Eisernen Front“ macht offiziell Bahn frei für die Patentfreiheiten Groener erklärt die RPD als den einzigen Feind der kapitalistischen Diktatur

Am Montag hat das Volkliche Telegraphenbüro den Wortlaut des Beschlusses des Reichswehrministers Groener veröffentlicht, durch den die Tore der Reichswehr den Patentfreizeitern geöffnet werden. Ausdrücklich heißt es in dem Befehl:

„Nur solche Verbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen. ... Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. ...

Die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungsfeindlich im obigen Sinne anzusehen ist, ist aber durchaus nicht endgültig und feststehend. Denn auch Parteien ändern sich in ihren Auffassungen. Eine Ausnahme machen solche Parteien wie die kommunistische Partei, die in ihrem Programm die revolutionäre Bekämpfung und Staatseindringlichkeit zur dauernden Grundlage ihrer Partei gemacht haben.

Die Umwandlung politischer Verbände durch die Verbände werde ich stets auf das schärfste bekämpfen. ... Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie in den Köpfen gewisser Reichsbannertruppen ... niemals dulden. Derartige Organisationen führen letzten Endes zu Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlichen Revolutionsgebilden. ... Ich möchte auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich die Nachmittels des Staates nötigenfalls ohne Zögern und Rücksichtlos einzusetzen gewillt bin. ...

Dieser Erfolg spricht eine deutliche Sprache. Er macht jetzt auch formell die Bahn frei für die Nazis in der Reichswehr. Rapp und Har wird der Hitlerpartei zugestanden, daß sie „sich in ihren Auffassungen geändert“ habe, daß sie ein wichtiger Bestandteil des kapitalistischen Systems geworden sei. Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Nazis es immer gewesen sind,

Wie eine kalte Dusche werden Reichsbannerarbeiter dem neuen Verlaß empfinden. Herr Groener ist der Reichswehrminister der „Eisernen Front“, er war der Verbündete Oberst aus dem 1. Weltkrieg, mit denen zusammen er 1919 die revolutionäre Bewegung niederschlug. Herr Groener ist der vom „Bismarck“-Krieg „Inke Aligmann“ der Brüningregierung.

Im vorigen Jahr erst haben die SPD-Abgeordneten von den Kommunisten beantragte Vertrauensvotum von Groener abgelehnt. Jetzt öffnet Herr Groener den Türen, so daß der „Angriff“ hell aufleucht. Groener hat die Reichsbannerarbeiter nach dem „Hilfspolizei“-Antrag es niemals dulden“ antwortete Groener. Und der „Hilfspolizei“-Antrag Herr Groener auch weiterhin die Ehrenhaftigkeit der SPD zu.

Der Herr über Deutschlands Reichswehr und „Eisernen Front“ erweitert der kommunistischen Partei eine hohe Ehre. Er erklärt sie als die einzige Partei der „revolutionären Bekämpfung und Staatseindringlichkeit“.

Darum werden wir ausgeschließen aus der Reichswehr. Darum sind wir auch eingeschlossen in die Herzen aller Arbeiter aller Welt. Darum können wir uns die besten Wünsche aus der Groener-Sozialdemokratie. Wir sind die Partei, die unter Führung des roten Arbeiterkandidaten den Kampf führt.

Was gegen das kapitalistische System, das System der Ausbeutung, der Massenarbeitslosigkeit, der Verelendung der Massen kämpfen will, das seihe sich ein in die rote Arbeiterfront, die unter Führung des roten Arbeiterkandidaten den Kampf um Brot und Freiheit kämpft.